

Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland*

Tom Krebs¹, Patrick Kaczmarczyk²

Juni 2025

Abstract

Die vorliegende Studie analysiert die wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Steigerung der Militärausgaben auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Evidenz. Die Analyse zeigt, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht wesentlich größer als 0,5 ist, und eventuell sogar bei 0 liegen kann. Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft also höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen Produktionseffekt entfalten. Zum Vergleich: Bei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden, und für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen. Langfristig können Militärausgaben die Produktivität und das Produktionspotenzial der Wirtschaft steigern, doch in Bezug auf die militärische Forschungsförderung in Deutschland gibt es dazu keine robuste empirische Evidenz. Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite.

JEL-Codes: H56, E62, H54, O38, L38, H50

Keywords: Military Keynesianism, Fiscal Multiplier, Defense Spending, Public Investment, Public Finance, Infrastructure Investment

* Wir danken Isabella Weber für wertvolle Kommentare und Niklas Beller für ausgezeichnete Unterstützung bei der Datenanalyse.

¹ Universität Mannheim: tkrebs@uni-mannheim.de

² Universität Mannheim: patrick.kaczmarczyk@uni-mannheim.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Entwicklung der Militärausgaben und Rüstungsproduktion	4
2.1 Verteidigungs- und Militärausgaben gemäß COFOG und NATO	4
2.2 Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt.....	6
2.3 Rüstungsproduktion	9
2.4 Gewinne der Rüstungskonzerne.....	11
3. Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben.....	15
3.1 Methodische Anmerkungen	15
3.2 Evidenz aus den USA.....	17
3.3 Internationale Evidenz.....	18
3.4 Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland	18
4. Fazit	21
Literatur	24

Abbildungen

Abbildung 1 Verteidigungsausgaben gemäß COFOG	5
Abbildung 2 Verteidigungsausgaben gemäß NATO	6
Abbildung 3 Einzelplan 14 und Sondervermögen – Bereiche der Verteidigungsausgaben.....	8
Abbildung 4 Investiver vs. konsumtiver Anteil der Verteidigungsausgaben.....	9
Abbildung 5 Herstellung von Waffen und Munition: Bruttowertschöpfung und Beschäftigung 2000-2023.....	10
Abbildung 6 Herstellung von Waffen und Munition: Umsätze und Investitionen 2008-2023 .	11
Abbildung 7 Realer Umsatz (in Preisen von 2020) und Gewinn von Rheinmetall und Hensoldt	12
Abbildung 8 Dividenden von Rheinmetall und Hensoldt	13
Abbildung 9 Kursentwicklung von Rheinmetall, Hensoldt und des DAX (September 2020 = 100)	14
Abbildung 10 Aktienkurs von Rheinmetall und Hensoldt für zwei Ereignisse	15

1. Einleitung

Der Krieg in der Ukraine und die Neuausrichtung der US-Außenpolitik haben eine Aufrüstungsdynamik in Europa ausgelöst. Die Bundesregierung hat sich als Ziel gesetzt, die Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen und weitere 1,5 Prozent für militärisch notwendige Infrastrukturprojekte auszugeben (Mayer, 2025). Die Verpflichtung zum 5-Prozent-Ziel wurde von Bundeskanzler Friedrich Merz vor dem Besuch bei US-Präsident Donald Trump nochmals bestätigt (Wetzel, 2025). Der größte Teil der zusätzlichen Staatsausgaben für das Militär soll über die Aufnahme neuer Schulden finanziert werden. In diesem Sinne verfolgt die Bundesregierung einen Militär-Keynesianismus, wie ihn auch Ronald Reagan in den 1980er Jahren betrieben hat (Krebs und Weber, 2025).¹

Ökonomen, Politiker und Vertreter von Rüstungsunternehmen argumentieren häufig, dass die zusätzlichen Rüstungsausgaben der deutschen Wirtschaft einen wichtigen Wachstumsimpuls geben würden (Bayaz, Schularick, Madsen, 2025; Enders, Fürstenberg, Obermann und Schularick, 2025; Fuest, 2025; Nievelstein, 2025). Die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern steigere die gesamtwirtschaftliche Produktion und schaffe neue Arbeitsplätze, so die Verfechter dieser Politik. Zudem könne militärische Forschung langfristig zu Produktivitätsgewinnen führen, wenn neue Militärtechnologien zivile Anwendungen fänden. Was gut ist für die deutsche Rüstungsindustrie, sei angeblich auch gut für die Beschäftigten und den Wohlstand in Deutschland.

In der vorliegenden Studie geben wir einen Überblick über die vorhandene wissenschaftliche Evidenz und schätzen die Auswirkungen der geplanten Steigerung der Militärausgaben auf die deutsche Wirtschaft ab. Dabei folgen wir der einschlägigen Literatur und nutzen das Konzept des Fiskalmultiplikators für Militärausgaben. Dieser Multiplikator gibt an, um wie viel Euro das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro für die Rüstung ausgibt. Er ist ein Maß der wirtschaftlichen Effizienz des von der Bundesregierung verfolgten Militär-Keynesianismus.

Unsere Analyse zeigt, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht wesentlich größer als 0,5 ist, und eventuell sogar bei 0 liegen kann. Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft also höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen Produktionseffekt entfalten. Diese Einschätzung ist wie jede Einordnung wissenschaftlicher Ergebnisse mit Unsicherheit behaftet, und sollte als beste „Schätzung“ auf Basis aller vorhandenen Evidenz interpretiert werden.

¹ Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bzw. des Bundeskanzlers ähnelt in weiteren Dimensionen der Politik von Ronald Reagan: Großzügige Steuersenkungen für Unternehmen bzw. Kapitaleigentümer, Ausbau der Infrastruktur für Militärzwecke, Aufforderung zu mehr Arbeitsleistung („mehr Bock auf Arbeit“) und die Hoffnung, dass Wirtschaftswachstum automatisch bei der Mehrheit der Gesellschaft ankommt („trickle-down-economics“).

Der ökonomische Grund für unsere eher pessimistische Einschätzung ist einfach. Die deutsche Rüstungsindustrie ist derzeit stark ausgelastet und der Wettbewerb ist aufgrund von intransparenten Vergabepraktiken gering. Jeder zusätzliche Euro an staatlichen Aufträgen wird also die Preise der Rüstungsgüter und die Gewinne der Rüstungsunternehmen merklich anheben, und somit den Effekt auf die Produktion verringern. Der mehr als zwanzigfache Anstieg des Aktienkurses des Rüstungsherstellers Rheinmetall seit Beginn des Kriegs in der Ukraine unterstreicht, dass Investoren hohe Gewinnerwartungen für die deutsche Rüstungsindustrie haben, die nur mit entsprechenden Preissteigerungen verwirklicht werden können.

Investitionen in den Ausbau von Produktionskapazitäten können mittelfristig die Engpässe im Rüstungsbereich abbauen und damit den Fiskalmultiplikator für deutsche Militärausgaben anheben. Ebenso können Verbesserungen im Vergaberecht sowie eine verbesserte Koordination auf europäischer Ebene dazu führen, dass der Wettbewerb im Rüstungssektor steigt und die Marktmacht der Rüstungskonzerne sinkt. Diese Maßnahmen benötigen jedoch Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten, und sie sind daher kaum relevant für die Evaluierung der kurzfristigen Auswirkungen von Militärausgaben. In Bezug auf das Vergaberecht und europäische Koordination kommt erschwerend hinzu, dass Reformversuche in der Vergangenheit immer wieder gescheitert sind.

Langfristig können Militärausgaben die Produktivität und das Produktionspotenzial der Wirtschaft steigern, wenn neu entwickelte Militär-Technologien zivile Anwendungen finden. Dieses Argument wird häufig von Ökonomen und Vertretern von Rüstungsunternehmen in der öffentlichen Debatte verwendet, um für eine massive Ausweitung der deutschen Militärausgaben zu werben (Enders, Fürstenberg, Obermann und Schularick, 2025; Fuest, 2025). Doch es ist eine unsichere Prognose auf Basis spärlicher Evidenz. Zwar hat die staatliche Forschungsförderung in der Vergangenheit immer wieder Früchte getragen und in den USA war die Förderung militärischer Forschung ein wirtschaftlicher Erfolg, doch der Analogieschluss auf militärische Forschungsförderung in Deutschland ist gewagt. Zudem gibt es immer trade-offs, und jeder zusätzliche Euro für die Militärforschung ist ein Euro weniger für die Forschung im Bereich grüner Technologien.

Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite. Die Steigerung der staatlichen Militärausgaben wird der deutschen Wirtschaft einen Anschlag geben, doch der wirtschaftliche Impuls wird eher moderat ausfallen. Die vorhandene Evidenz legt einen Fiskalmultiplikator von höchstens 0,5 für Deutschland nahe. Zum Vergleich: Bei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden (Clemens, Michelsen, und Rieth, 2025; Gechert, 2015; Krebs und Scheffel, 2017), und für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen (Krebs, 2025). Und auch die Förderung von sauberen Technologien wie Windkraft oder Elektromobilität hat sehr wahrscheinlich eine wesentlich

höhere Rendite als die Subventionierung eines intransparenten Militärssektors mit wettbewerbsfeindlichen Marktstrukturen.

Nun sagen einige Politiker und Ökonomen, dass wir alles haben können: Mehr Panzer und Gewehre, mehr Strom- und Schienennetze, mehr Windräder und Elektroautos, und mehr Ganztagsbetreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Das ist jedoch eine etwas naive Sicht auf ökonomische Realitäten. Es gibt finanzpolitische und realwirtschaftliche trade-offs, die sich auf verschiedene Weisen bemerkbar machen.

Öffentlichen Finanzmittel stehen trotz der Schuldenbremsenreform vom März 2025 nur begrenzt zur Verfügung. Zwar gilt für den Militärssektor das Prinzip „anything goes“, aber im Sozial- und Klimabereich wurden bereits Kürzungen angekündigt. Darüber hinaus sind auch die realen Ressourcen beschränkt und finanzpolitische Entscheidungen haben reale Konsequenzen: Wenn Neueinstellungen in der Industrie fast nur noch im Rüstungsbereich stattfinden, weil der Staat viele neue Rüstungsaufträge vergibt, aber kein Geld für saubere Technologien vorhanden ist, dann wird die Produktion von Windrädern und Elektrofahrzeugen in Deutschland automatisch verschwinden. Insbesondere im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft, die neben der Garantie der Sicherheit auch mit Lösungen für die Klimakrise und hochwertiger Beschäftigung einhergehen muss, ist dies eine bedenkliche Weichenstellung.

Die vorliegende Studie legt den Fokus auf die ökonomische Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen zusätzlicher Militärausgaben, ohne die Frage zu untersuchen, wie Deutschland bzw. Europa einen angemessenen Grad der Verteidigungsfähigkeit herstellen können. Die Studienergebnisse haben jedoch auch Implikationen für die Debatte zur Verteidigungsfähigkeit. Erstens steht das ökonomische Argument für eine massive Ausweitung der Militärausgaben auf äußerst wackeligen Füßen. Zweitens erfordert das Prinzip der soliden Finanzpolitik, dass zuerst die größten Ineffizienzen im Rüstungssektor beseitigt werden, bevor noch mehr staatliches Geld in diesen Sektor gepumpt wird. In der aktuellen Situation steigern zusätzliche staatliche Rüstungsausgaben kaum die Produktion, sondern landen hauptsächlich als höhere Dividendenzahlungen in den Taschen der Eigentümer der Rüstungsunternehmen. Drittens sollte eine öffentliche Beteiligung bei den größeren Rüstungsherstellern wie Rheinmetall in Erwägung gezogen werden, sollten die Ineffizienzen und Übergewinne aus strukturellen Gründen nicht durch ein besseres Vergabe- und Wettbewerbsrecht zu beheben sein.

2. Entwicklung der Militärausgaben und Rüstungsproduktion

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Militärausgaben und Rüstungsproduktion in Deutschland sowie die Kurs- und Geschäftsgewinne der deutschen Rüstungshersteller analysiert. Die staatlichen Verteidigungs- und Militärausgaben gemäß Klassifikation der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Eurostat) werden als COFOG-Ausgaben geführt. Zur NATO-Meldung wird ein erweitertes Konzept von Verteidigungsausgaben verwendet. Schließlich werden die Verteidigungs- und Militärausgaben auch im Bundeshaushalt und Bundeswehr-Sondervermögen erfasst. Daten zur Rüstungsproduktion in Deutschland stehen aus sicherheitspolitischen Gründen nur für die Sub-Kategorie „Waffen und Munition“ zur Verfügung. Ebenso werden die Geschäftsberichte der Rüstungsunternehmen mit Ausnahme der Aktiengesellschaften Rheinmetall und Hensoldt AG nicht veröffentlicht. Dieser Datenmangel unterstreicht die Intransparenz des Rüstungssektors und erschwert eine faktenbasierte Analyse.

2.1 Verteidigungs- und Militärausgaben gemäß COFOG und NATO

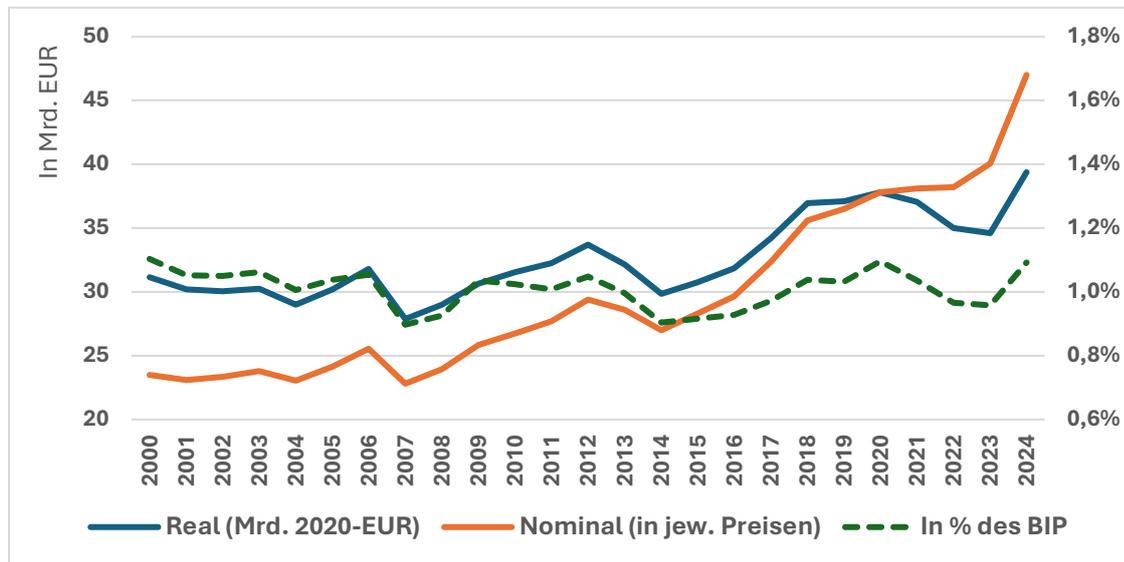
Das Volumen der aggregierten Verteidigungsausgaben ist in den letzten Jahren nominal erheblich gestiegen. Die realen (preisbereinigten) Verteidigungsausgaben sind ebenfalls gestiegen, aber der Anstieg ist aufgrund der hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 wesentlich geringer ausgefallen. Das Ausmaß des Anstiegs unterscheidet sich zudem in Bezug auf die Berechnungsmethode bzw. statistischer Erfassung. Zwei zentrale Konzepte sind hier relevant: Zum einen die nach internationalen Standards geführte Statistik gemäß COFOG (Classification of the Functions of Government), zum anderen die für die NATO-Meldung genutzte Methodik.

COFOG ist eine funktionale Klassifikation, die von internationalen Organisationen wie Eurostat, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD verwendet wird. Sie dient der systematischen Erfassung staatlicher Ausgaben nach Aufgabenbereichen. Unter dem COFOG-Code für „Verteidigung“ werden ausschließlich solche Ausgaben verbucht, die direkt dem militärischen Zweck dienen – dazu zählen etwa Personalkosten für aktive Soldatinnen und Soldaten, Ausgaben für militärische Infrastruktur, Ausrüstungsbeschaffung und Forschung und Entwicklung.

In der deutschen Statistik finden sich dazu die Kategorien der Militärischen Verteidigung, die den größten Teil der Verteidigungsausgaben gemäß COFOG ausmacht – 2024 entfielen 88,1 Prozent der Verteidigungsausgaben auf die militärische Verteidigung bzw. Militärausgaben. Zu den Verteidigungsausgaben, die keine Militärausgaben sind, zählen beispielsweise die zivile Verteidigung, Militärhilfe für das Ausland, sowie Forschung und Entwicklung. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind nur ein kleiner Teil der Verteidigungsausgaben – 1,1 Prozent im Jahr 2024. Ausgaben, die außerhalb des Verteidigungsetats anfallen, etwa für Pensionen ehemaliger Soldaten oder dual nutzbare zivile Infrastruktur mit militärischer Komponente, bleiben in dieser Erfassung unberücksichtigt. Entsprechend bildet COFOG das

klassische, haushaltsrechtlich definierte Verständnis von Verteidigungsausgaben ab, was der haushaltspolitischen und statistischen Vergleichbarkeit im internationalen Kontext behilflich ist. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der nominalen und realen Verteidigungsausgaben gemäß COFOG (linke Achse), sowie in Relation zum BIP (rechte Achse).

Abbildung 1 Verteidigungsausgaben gemäß COFOG



Quelle: Statistisches Bundesamt

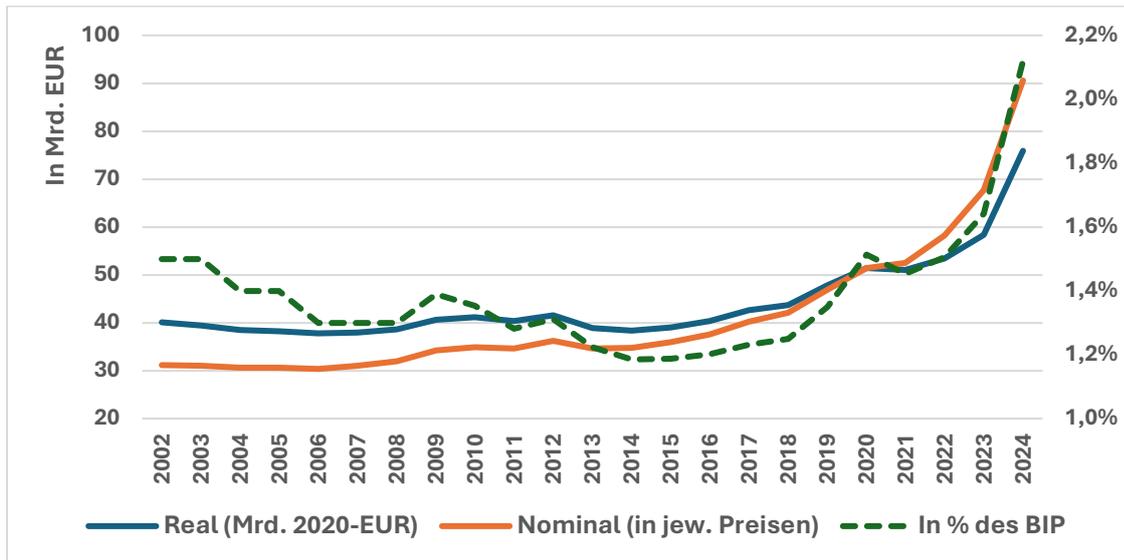
Die Abbildung verdeutlicht, dass sowohl die realen als auch die nominalen Ausgaben seit der Jahrtausendwende gestiegen sind. Insbesondere seit 2014 – also seit der russischen Annexion der Krim – sind die Ausgaben merklich erhöht worden. Aufgrund der Energiekrise und des damit verbundenen Preisschocks sind die realen Ausgaben in den Jahren 2022 und 2023 sogar leicht zurückgegangen, aber im Jahr 2024 dann stark angestiegen. Dieser Anstieg wird sich aufgrund der geplanten Aufrüstung der Bundeswehr in den kommenden Jahren fortsetzen.

Im Verhältnis zum BIP fällt der Anstieg der Verteidigungsausgaben eher moderat aus. Dieser Indikator, der im Rahmen der Debatte zur Verteidigungsfähigkeit eine zentrale Rolle einnimmt, stieg gemäß COFOG-Daten lediglich von 0,96 Prozent auf 1,1 Prozent. Dies ändert sich jedoch, wenn die Methodik der NATO für die Erhebung der Verteidigungsausgaben zugrunde gelegt wird.

Die NATO verfolgt mit ihrer Datenerhebung primär militärstrategische Zwecke. Sie möchte nicht nur den Verteidigungshaushalt eines Landes abbilden, sondern die gesamte nationale Anstrengung zur militärischen Fähigkeitserhaltung und Bündnisverteidigung erfassen. Daher umfasst die NATO-Definition über die COFOG-Kategorien hinaus auch solche Ausgaben, die militärisch relevant sind, aber in anderen Ressorts oder Systemen verbucht werden. Dazu zählen etwa Rentenzahlungen an ehemalige Militäranghörige, Ausgaben für paramilitärische Einheiten (sofern militärisch einsetzbar) und militärisch relevante

Ausgabenposten in den Geheimdiensten oder Ministerien (z.B. im Innenministerium), Beiträge zu internationalen Militäreinsätzen, oder Investitionen in dual-use-Infrastruktur wie Kommunikationstechnologien oder Verkehrsanlagen. Auch Forschungsvorhaben mit militärischer Anwendung sowie Unterstützungsleistungen an Bündnispartner werden berücksichtigt.

Abbildung 2 Verteidigungsausgaben gemäß NATO



Quelle: NATO

Abbildung 2 zeigt, dass gemäß NATO-Zahlen die Verteidigungsausgaben erst in den letzten 5 Jahren deutlich angezogen sind. Zuvor waren sie anteilig am BIP sogar bis 2014 kontinuierlich gesunken, bevor ab 2018 der rapide Anstieg folgte: mit Ausnahme eines kurzen Rückgangs im Jahr 2020 wuchsen die Verteidigungsausgaben von rund 1,4 Prozent des BIPs im Jahr 2021 auf rund 2 Prozent des BIPs im Jahr 2024. Die Verteidigungsausgaben liegen aktuell also gemäß COFOG-Daten bei nur 1,2 Prozent des BIP, aber gemäß NATO-Meldung wurde die symbolisch bedeutsame Schwelle von 2 Prozent erreicht.

2.2 Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt

Neben der COFOG- und NATO-Statistik beinhaltet der Einzelplan 14 des Bundeshaushalts, der dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) zugeordnet ist, weitere Informationen über die deutschen Rüstungsausgaben. In diesem Plan sind sämtliche Ausgaben des Verteidigungsressorts aufgeführt, inklusive Personalausgaben für Soldatinnen und Soldaten, Aufwendungen für militärische Beschaffung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, internationale Einsätze sowie Beiträge zu NATO und EU.

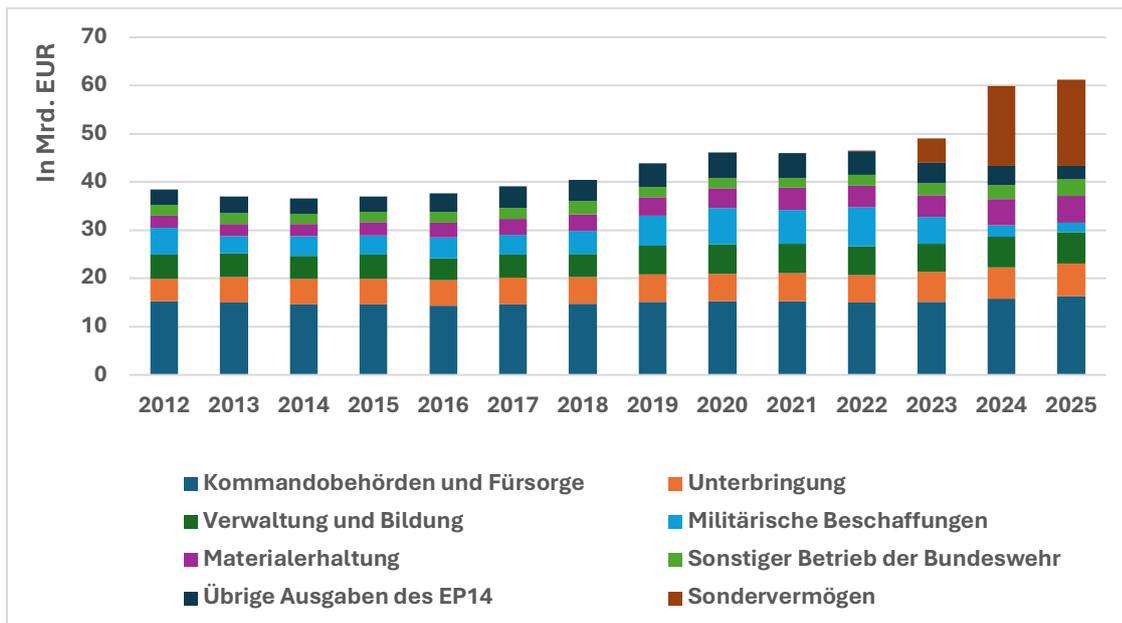
Der Einzelplan 14 ermöglicht eine detaillierte Aufschlüsselung der nationalen Verteidigungsausgaben, die über die aggregierten Statistiken hinausgeht, da dort aufgelistet

wird, wofür das Geld ausgegeben wird. Die Struktur des Einzelplans erfolgt entlang der verschiedenen Aufgabenfelder, wie beispielsweise militärischen Beschaffungen (Kap. 1405), der Materialerhaltung der Bundeswehr (Kap. 1406) oder internationalen Verpflichtungen (Kap. 1401). Neben den konventionellen Militärausgaben werden im Einzelplan 14 auch Ausgaben für Bereiche wie Militärseelsorge, Ausbildungseinrichtungen und die Bundeswehrverwaltung erfasst.

Abbildung 3 zeigt die preisbereinigte Entwicklung der im Einzelplan 14 angegebenen Ausgaben. Die Werte bis 2023 geben die getätigten Ausgaben an (Ist-Wert), während es sich bei den Zahlen zu 2024 und 2025 um sogenannte Soll-Werte handelt. Diese sind im jeweiligen Bundeshaushalt veranschlagt, aber noch nicht umgesetzt und können sich im Laufe des Haushaltsjahres durch Nachträge, Produktionsengpässe, Haushaltssperren oder Mehrausgaben verändern. So gab das BMVg zu Beginn des Jahres 2025 an, insgesamt 4,36 Milliarden Euro weniger ausgegeben zu haben als es vorgesehen war (Deutschlandfunk, 2025). 2,6 Milliarden davon betrafen das Sondervermögen, 1,7 Milliarden Euro den gewöhnlichen Verteidigungsetat. Gründe für die geringeren Ausgaben lagen bei „industrieseitigen Verzögerungen bei der Fertigung von Rüstungsgütern.“

Die Daten aus den Einzelplänen veranschaulichen den stetigen Anstieg der Verteidigungsausgaben – von 38,5 Milliarden Euro im Jahr 2012 (in realen Preisen von 2020) auf etwa 46,4 Milliarden Euro 2022. Im Anschluss spielte das „Sondervermögen Bundeswehr“ eine wichtige Rolle bei der Struktur der Verteidigungsausgaben. Es wurde am 27. Februar 2022 vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine angekündigt und im Sommer 2022 vom Parlament im Grundgesetz verankert. Die preisbereinigten Gesamtausgaben im Haushalt (ohne Sondervermögen) gingen in den Jahren 2023, 2024 und 2025 zurück – von 46,4 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 43,5 Milliarden Euro 2025. Doch durch die hohen, über das Sondervermögen finanzierte Ausgaben wuchsen die Gesamtausgaben im selben Zeitraum um 32 Prozent auf 61,5 Milliarden Euro. Bei dieser Zahl muss zudem beachtet werden, dass sie bereits eine sogenannte „Globale Minderausgabe“ von mehr als 4 Milliarden Euro enthält (nominal über 5 Milliarden Euro). Eine Globale Minderausgabe entspricht einem pauschalen Sparposten, der im Haushalt verankert wird, ohne dass festgelegt ist, wo die Einsparungen erfolgen sollen. Die bezifferten Ausgaben für Rüstungsprojekte übersteigen damit die in der Endsumme angegebenen Kosten.

Abbildung 3 Einzelplan 14 und Sondervermögen – Bereiche der Verteidigungsausgaben



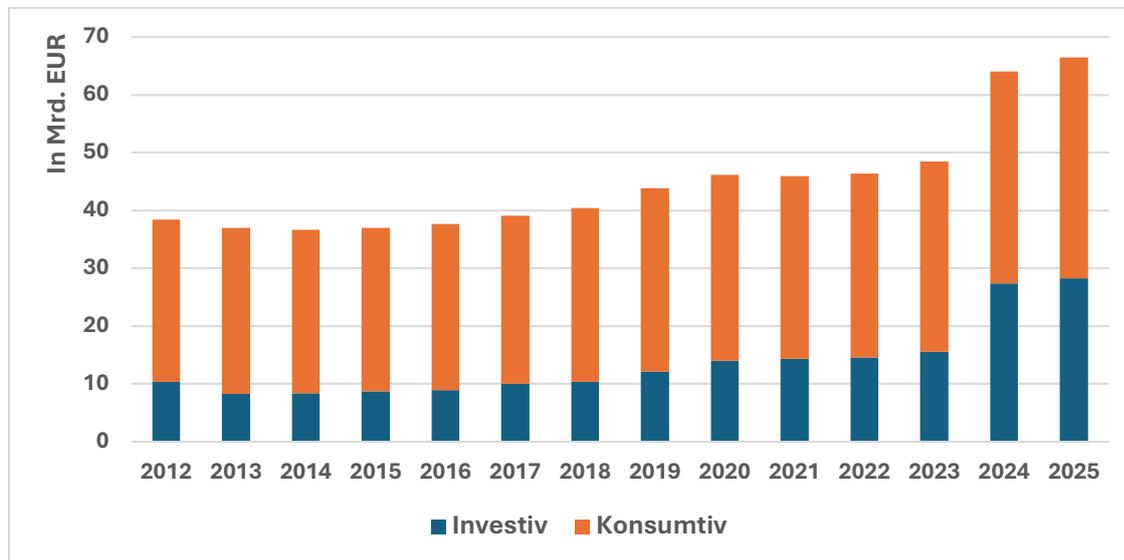
Quelle: BMF

Die Einführung des Sondervermögens hatte neben der Steigerung der Gesamtausgaben den weiteren Effekt, den investiven Anteil der Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Wie bereits in Abbildung 3 ersichtlich wird, sind Rüstungsausgaben tendenziell sehr konsumintensiv. Über ein Drittel des Einzelplans 14 entfiel auf den Posten „Kommandobehörden und Truppen, Sozialversicherungsbeiträge, Fürsorgemaßnahmen und Versorgung für Soldatinnen und Soldaten“, 15 Prozent auf die „Unterbringung“ und weitere 12-15 Prozent auf die „Bundeswehrverwaltung, Universitäten der Bundeswehr, Militärseelsorge“. Militärische Beschaffungen (von Waffensystemen, Flugzeugen, Panzern usw.) machten tendenziell lediglich 10-15 Prozent der Ausgaben aus.

In Abbildung 4 werden die Verteidigungsausgaben in konsumtive und investive Ausgaben unterteilt. Dabei sind Globale Minderausgaben nicht enthalten, von daher fallen die Gesamtausgaben 2024 und 2025 höher aus als in Abbildung 3. Im Gegensatz zur sehr engen öffentlichen Investitionsbegriff in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) haben wir einen erweiterten Investitionsbegriff zugrunde gelegt. Dieser inkludiert neben den klassischen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen auch Ausgaben für Bildung, für Lehrmaterial, Zuschüsse für Investitionen an die Bahn oder Länder und den Erwerb von Beteiligungen. Trotz dieser sehr umfassenden Definition von Investitionen zeigen die Daten, dass tendenziell gerade einmal zwischen 20 und 30 Prozent der Ausgaben einen investiven Charakter haben. Das Sondervermögen zieht den Anteil jedoch auf 40 Prozent hoch, da es nahezu vollständig für militärische Beschaffungen aufgebraucht wird.

Mittel- bis langfristig wird der Betrieb und Unterhalt der neu erworbenen Güter ebenfalls mit höheren Personal- und anderen Konsumausgaben einhergehen, sodass sich das Verhältnis wieder den historischen Werten annähern dürfte.

Abbildung 4 Investiver vs. konsumtiver Anteil der Verteidigungsausgaben



Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

2.3 Rüstungsproduktion

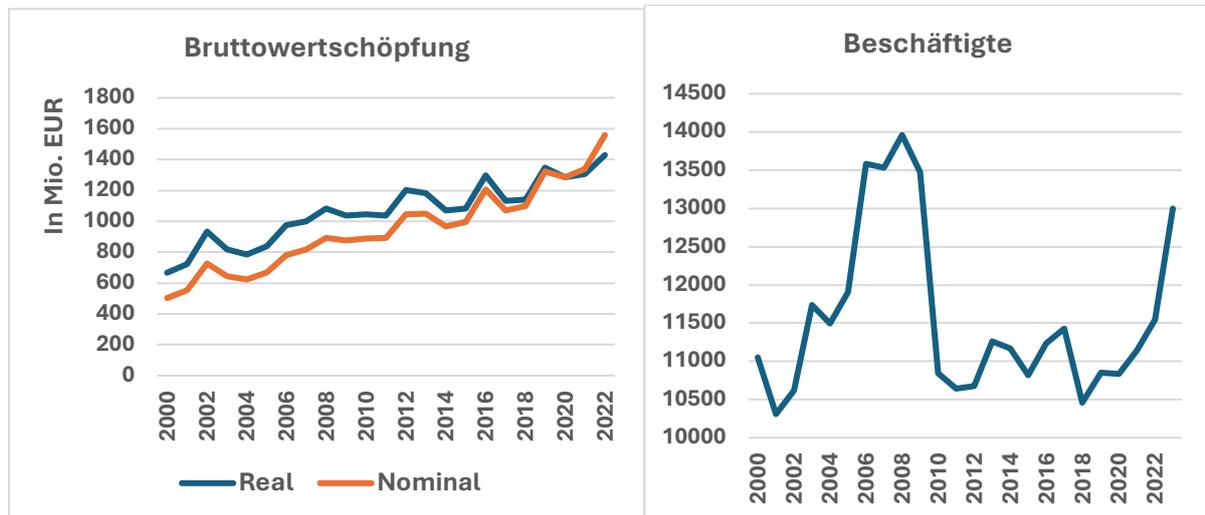
Das deutsche Bruttoinlandsprodukt misst die gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Deutschland (Inlandskonzept). Das statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig Daten zur Bruttowertschöpfung verschiedener Industriesektoren; diese Daten zeigen, welchen Beitrag verschiedene Industriesektoren zur gesamtwirtschaftlichen Produktion leisten. Aus „sicherheitspolitischen Gründen“ werden die Produktionsdaten für die Rüstungsindustrie nicht vom statistischen Bundesamt veröffentlicht; es stehen in der Regel nur aggregierte Daten zur Verfügung. So wird die Produktion militärischer Waffensysteme nach ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) und nationalem Berichtswesen nur aggregiert in der Kategorie „Maschinen und Geräte“ veröffentlicht. Die Erklärung des Statistischen Bundesamts lässt dazu verlauten: „Obwohl die Ausrüstungen und die militärischen Waffensysteme in der Klassifikation der nichtfinanziellen Vermögensgüter voneinander getrennt sind, werden ihre Ergebnisse aus Geheimhaltungsgründen – dem ESVG-Lieferprogramm folgend – nur aggregiert veröffentlicht. Der Ausweis militärischer Waffensysteme erfolgt unter der Kategorie Maschinen und Geräte.“

Eine durchgehende Zeitreihe mit Information zur Bruttowertschöpfung gibt es nur für die Kategorie „Herstellung von Waffen und Munition“.² Für diesen Teil der Rüstungsindustrie

² Information zu den Umsätzen und Investitionen im Bereich „Militärische Kampffahrzeuge“ gibt es für den Zeitraum 2008 – 2012 und 2018 – 2022.

veröffentlicht das Statistische Bundesamt Daten zur Bruttowertschöpfung sowie den Umsätzen, Investitionen und der Beschäftigung eine durchgehende Zeitreihe über einen längeren Zeitraum. Abbildung 3 stellt die Bruttowertschöpfung und Beschäftigung für den Zeitraum 2000 bis 2022 (Bruttowertschöpfung) bzw. 2023 (Beschäftigung) dar.

Abbildung 5 Herstellung von Waffen und Munition: Bruttowertschöpfung und Beschäftigung 2000-2023

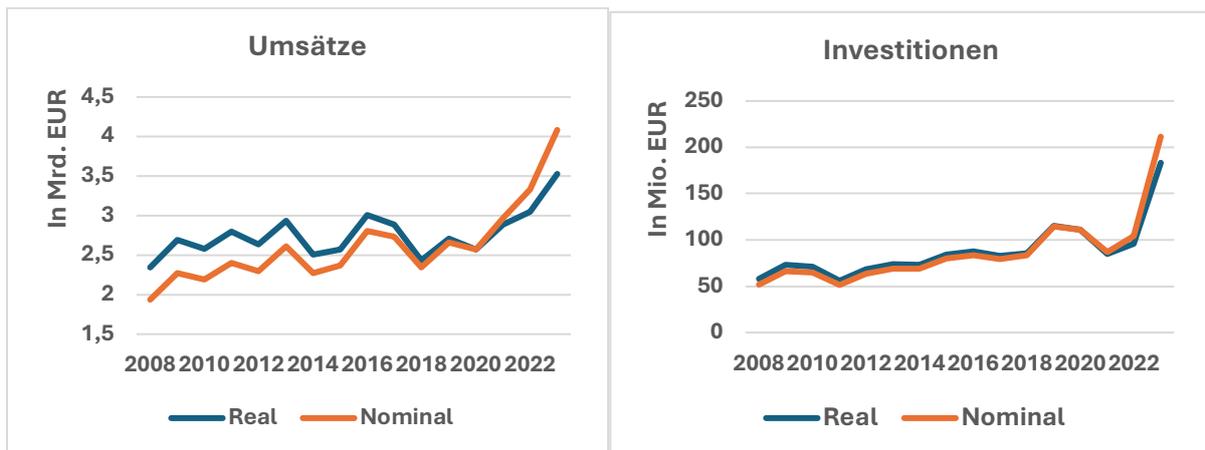


Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Abbildung zeigt einen leichten, aber stetigen Anstieg der Bruttowertschöpfung über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren. Dabei betrug die jährliche Wachstumsrate in etwa 3 Prozent im Durchschnitt, wenn die nominalen Werte mit dem BIP-Deflator preisbereinigt werden. Die Beschäftigung hingegen war einer hohen Fluktuation unterworfen. Zwischen 2000 und 2008 wuchs sie von einem Ausgangsniveau von ungefähr 10.000 Personen auf circa 14.000 Beschäftigte an, um nach der Finanzkrise wieder auf das Ausgangsniveau zurückzufallen. Dort verharrte es zumeist bis in die späten 2010er Jahre und verzeichnete in den letzten Jahren ein starkes Wachstum auf ungefähr 13.000 Beschäftigte. Die Beschäftigung stieg um rund 20 Prozent im Zeitraum 2021 – 2023. Ein noch stärkeres Wachstum in diesem Dreijahreszeitraum kann für die Umsätze und Investitionen festgestellt werden, wie die nächste Abbildung verdeutlicht.

Abbildung 6 zeigt, dass die Umsätze von 2008 bis in die späten 2010er-Jahre im Wesentlichen stagnierten. Ab 2020 folgte rapides Wachstum: die nominalen Umsätze stiegen bis 2023 um 60 Prozent im Vergleich zu 2020 an. Die nominalen Investitionen stiegen sogar um 90 Prozent. Ein erheblicher Teil dieses Anstiegs ist sicherlich ein Preiseffekt, aber dieser Preiseffekt ist aufgrund fehlender Preisdaten für den Industriesektor „Waffen und Munition“ schwer zu präzisieren. Für die Investitionen beläuft sich der preisbereinigte Anstieg auf 37 Prozent für die Umsätze und 65 Prozent, wenn der BIP-Deflator für Umsätze und der Kapitalgüter-Deflator für Investitionen verwendet wird.

Abbildung 6 Herstellung von Waffen und Munition: Umsätze und Investitionen 2008-2023



Quelle: Statistisches Bundesamt

2.4 Gewinne der Rüstungskonzerne

Die stark fragmentierten Daten zur Rüstungsproduktion können durch Ergebniskennzahlen der Unternehmen ergänzt werden, aber auch hier gibt es erhebliche Datenlücken. Die Mehrzahl der größeren Rüstungsunternehmen ist Teil einer Holding oder eines Konzerns und macht Gebrauch von „Inanspruchnahme der Befreiungsmöglichkeit des Jahresabschlusses gemäß § 264 Abs. 3 HGB“. Diese Regelung erlaubt bestimmten Tochterunternehmen, ihren eigenen Jahresabschluss nicht offenzulegen oder aufzustellen, wenn der Mutterkonzern einen Konzernabschluss veröffentlicht, in dem das Tochterunternehmen enthalten ist. In der Folge werden die Abschlüsse der Gesellschaften in die Konzernabschlüsse mit einbezogen – und die entsprechenden Daten werden meist aggregiert oder nur bruchstückhaft publiziert, sodass die Unternehmensgeschäfte nur einschränkt nachzuvollziehen sind. Beispielsweise veröffentlichen die großen deutschen Rüstungsunternehmen Diehl Defence Holding GmbH (als Teil Diehl Stiftung & Co. KG), thyssenkrupp Marine Systems GmbH (als Teil thyssenkrupp AG) und Krauss-Maffei Wegmann (als Teil der KMW+Nexter Defense Systems N.V.) keine eigenen Geschäftsberichte.

Die Situation ist anders bei den deutschen Aktiengesellschaften, die ihre Kennzahlen veröffentlichen müssen – hier sind gute Daten für die Rheinmetall AG und die Hensoldt AG vorhanden. Für die Rheinmetall AG gibt es Langzeitdaten, die Hensoldt AG hingegen ist erst seit dem 25. September 2020 an die Börse gegangen – wobei die Bundesrepublik bereits im Dezember 2020 beschloss, bei dem Unternehmen 25,1 Prozent der Anteile und damit eine Sperrminorität zu erwerben, um „unfreundliche Mächte“ vom Zugriff auf Schlüsseltechnologien fernzuhalten (ZEIT, 2021).

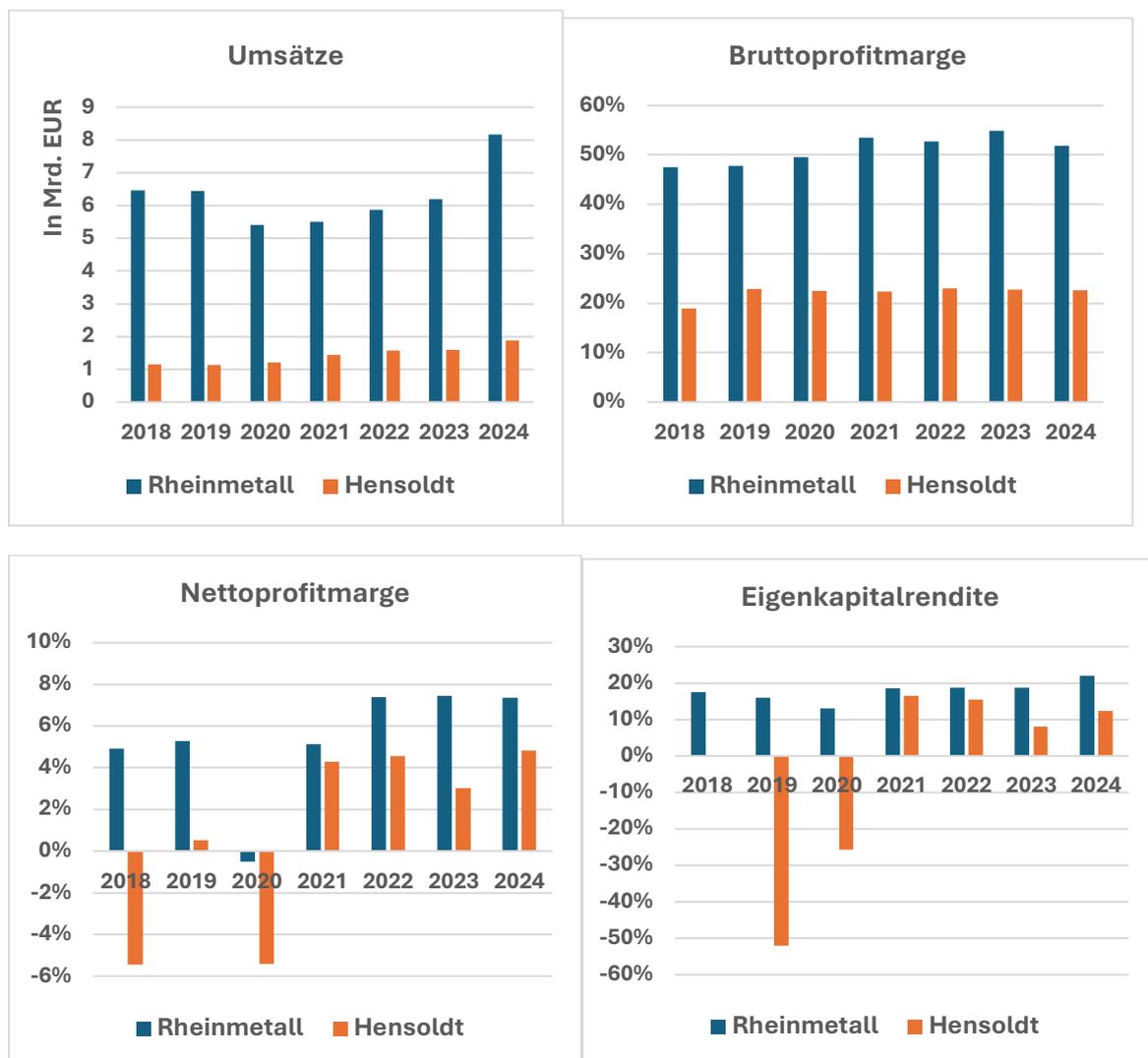
Die Ergebnisse der Rüstungskonzerne zeigen, dass in den vergangenen Jahren die Umsätze und Gewinne stark gestiegen sind. Beide Konzerne konnten im Vergleich zum Tiefpunkt während der Coronakrise ihre Umsätze real um jeweils mehr als 50 Prozent erhöhen: Der

Umsatz von Rheinmetall stieg von 5,4 Milliarden Euro auf 8,2 Milliarden Euro (in jeweiligen Preisen von 2020), bei Hensoldt ging es von 1,1 Milliarden Euro auf 1,9 Milliarden.

Hinsichtlich der nominalen Ergebnisse kratzte Rheinmetalls Umsatz von 9,7 Milliarden Euro sogar an der Marke von 10 Milliarden Euro – eine Schwelle, die 2025 überschritten werden dürfte.

Der Anstieg der Gewinne ist ebenfalls sehr ausgeprägt. Zwar blieb die Bruttoprofitmarge fast unverändert, aber die Nettoprofitmarge hat sich in den letzten Jahren stark verbessert: Sie stieg für Rheinmetall auf rund 7 Prozent und die Hensoldt AG war in der Lage, ihre hohen Verluste aus den späten 2010er Jahren auszugleichen und die Nettomarge zwischen 3 und 5 Prozent zu stabilisieren. Die Eigenkapitalrenditen legten in der Folge ebenfalls zu – zuletzt auf mehr als 20 Prozent bei Rheinmetall und über 10 Prozent bei Hensoldt. Analysten sehen für die kommenden Jahre weiterhin stabile Profitaussichten.

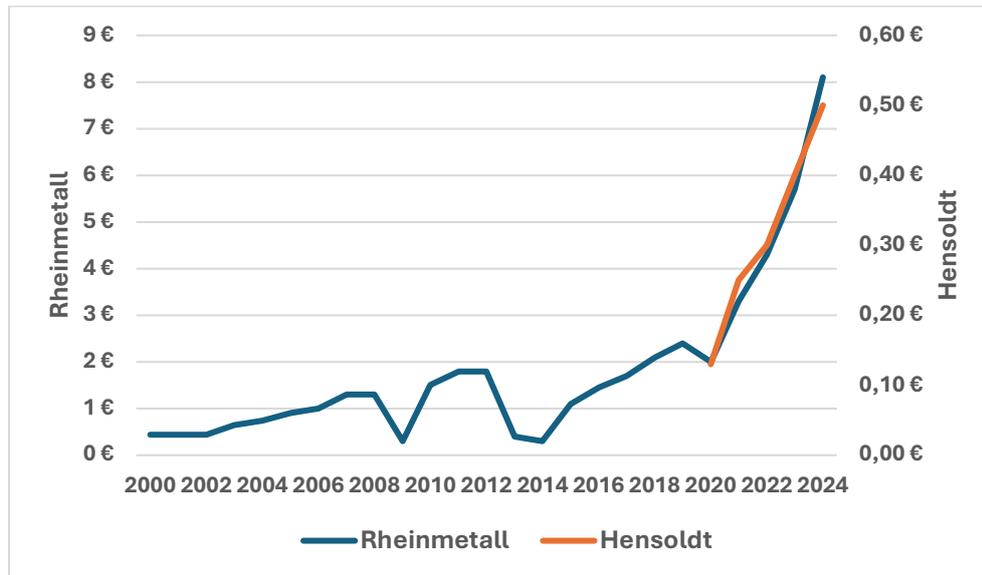
Abbildung 7 Realer Umsatz (in Preisen von 2020) und Gewinn von Rheinmetall und Hensoldt



Quelle: S&P Global Market Intelligence

Die hohen Gewinne hatten gestiegene Dividendenausschüttungen zur Folge. Im Jahr 2024 überwies Rheinmetall ganze 8,10 Euro pro Aktie an die Eigentümer des Unternehmens. Gerade im historischen Vergleich zeigt sich, wie stark die Dividendenzahlungen von der Langzeitnorm abweichen. Im Zeitraum 2020 bis 2024 stiegen die Dividenden von Rheinmetall und Hensoldt AG um rund das Vierfache.

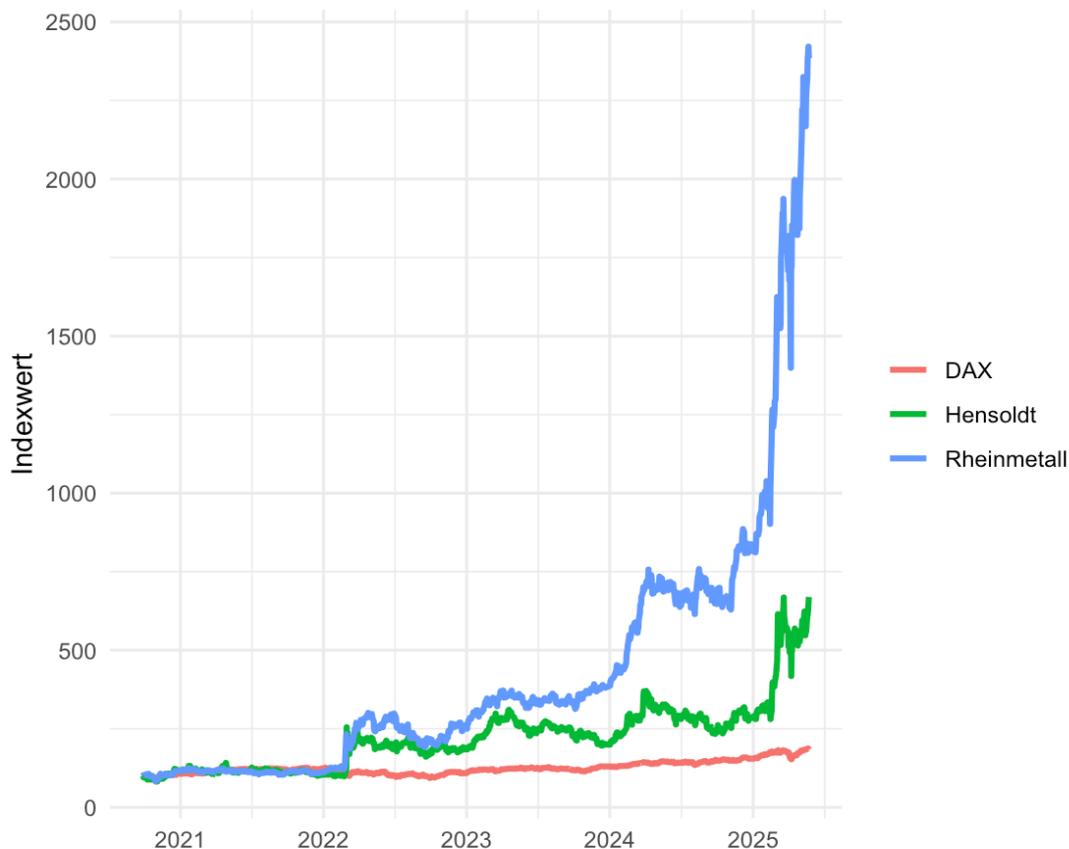
Abbildung 8 Dividenden von Rheinmetall und Hensoldt



Quelle: S&P Global Market Intelligence

Aufgrund der positiven Ertragslage verbesserte sich auch deren Bewertung der Rüstungskonzerne auf den Aktienmärkten relativ zur Gesamtwirtschaft. Bewertet man die Entwicklungen seit des Börsengangs der Hensoldt AG im September 2020, werden die gewaltigen Unterschiede zwischen den Rüstungskonzernen und den übrigen DAX-Unternehmen ersichtlich: Der DAX verzeichnet einen Anstieg von 12.870 Punkten auf zuletzt mehr 24.000 Punkte – und damit circa eine Verdopplung. Die Aktie von Rheinmetall hingegen stieg im Wert von 74 Euro auf zuletzt 1.800 Euro und damit um mehr als das 23-fache. Die Aktien von Hensoldt AG wurden im September 2020 zu einem Emissionspreis von 12 Euro ausgegeben – und überschritten im Juni die 100 Euro Marke. Die Abbildung 9 zeigt die unterschiedlichen Entwicklungen im Vergleich. Konkret bedeutet dies (ceteris paribus), dass die Finanzinvestoren entweder einen Anstieg der Rüstungsproduktion um den Faktor 23 (Rheinmetall) beziehungsweise 9 (Hensoldt) erwarten – oder dass die Profitmargen der Unternehmen weiter wachsen werden. Wir kommen in Kapitel 3.4 auf die gesamtwirtschaftlichen Implikationen zurück.

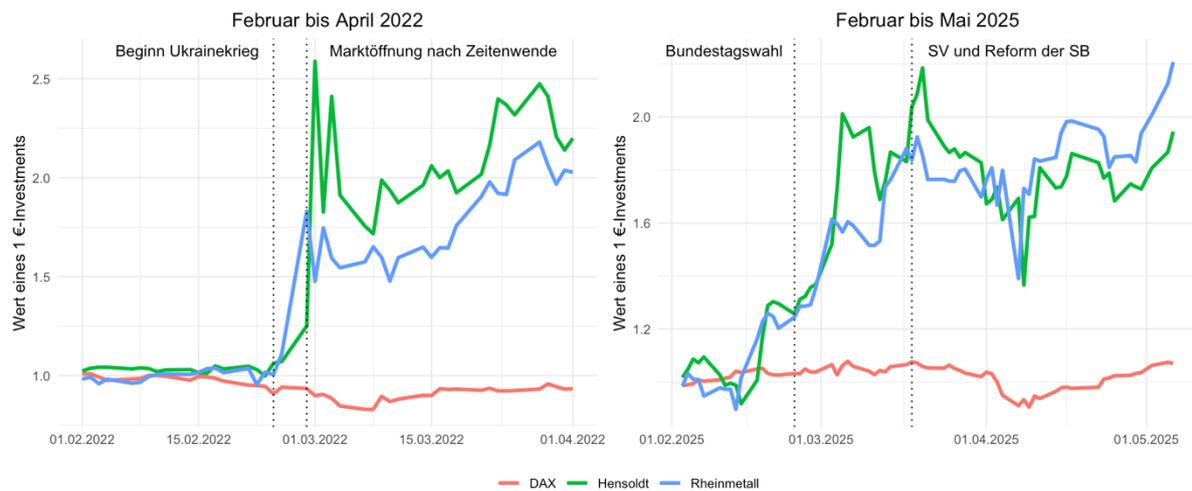
Abbildung 9 Kursentwicklung von Rheinmetall, Hensoldt und des DAX (September 2020 = 100)



Quelle: Eikon Refinitiv

In den vergangenen Jahren waren einige Ereignisse emblematisch für den Anstieg der Aktienkurse. Insbesondere der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie – in einem viel größeren Ausmaß – die Ansprache des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022 zur Zeitenwende samt der Ankündigung des „Sondervermögens Bundeswehr“ haben den Rüstungsaktien einen gewaltigen Schub gegeben. Vom 24. auf den 25. Februar stieg die Rheinmetall-Aktie von 95 Euro auf 105 Euro, Hensoldts Aktie stieg lediglich von 12,55 Euro auf 12,66 Euro. Nach dem Wochenende und der Ankündigung des 100 Milliarden Euro Sondervermögens für die Bundeswehr, schlossen die Aktien von Rheinmetall am 28. Februar bei 173 Euro und die der Hensoldt AG bei 14,78 Euro. In den Folgewochen bestätigte sich die Stimmung auf den Märkten, während die Aussichten für den DAX insgesamt trübe waren (siehe Abbildung 10). Ein ähnlicher Effekt ergab sich in den vergangenen Wochen durch die neue Regierungsbildung. Mit der Bundestagswahl vom 23. Februar 2024 und der sofortigen Ankündigung der Reform der Schuldenbremse, die Ausnahmen bei Verteidigungsausgaben vorsah, verdoppelten sich die ohnehin guten Kurswerte der beiden Rüstungskonzerne.

Abbildung 10 Aktienkurs von Rheinmetall und Hensoldt für zwei Ereignisse



Quelle: Eikon Refinitiv

3. Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben

Militärausgaben können kurzfristig die Wirtschaft ankurbeln, weil sie die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern steigern und aufgrund steigender Einkommen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anheben. Sie können aber auch einen negativen BIP-Effekt entfalten, wenn sie zivile Investitionen und zivile Produktion verdrängen (crowding out). Darüber können Militärausgaben die Produktivität und Produktion langfristig steigern, wenn die Entwicklung neuer Militärtechnologie eine zivile Anwendung findet.

Zur Abschätzung der Auswirkungen zusätzlicher Staatsausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Produktion wird häufig das Konzept des Fiskalmultiplikators verwendet. Der Fiskalmultiplikator gibt an, um wie viel Euro das reale (inflationsbereinigte) BIP steigt, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro ausgibt. Fiskalmultiplikatoren können für verschiedene Ausgabenarten berechnet werden. In diesem Kapitel wird Fiskalmultiplikator für Militärausgaben diskutiert.

3.1 Methodische Anmerkungen

Prinzipiell gibt es zwei methodische Ansätze, um eine quantitative Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zusätzlicher Militärausgaben oder anderer Politikmaßnahmen durchzuführen. Die rein empirische Analyse basiert auf der statistischen Schätzung von Fiskalmultiplikatoren auf Basis von historischen Daten, und Aussagen über die zukünftige Entwicklungen erfolgen per Analogieschluss unter der Annahme unveränderter Gesetzmäßigkeiten (Regressionskoeffizienten). Die Simulationsanalyse basiert auf einem mathematischen Modell der zu untersuchenden Volkswirtschaft, wobei die

Modellparameter mit Daten zu vergangenen Ereignissen kalibriert bzw. geschätzt werden. Die Simulationsanalyse kann als eine Formalisierung des Analogieschlusses mit expliziter Formalisierung der ökonomischen Verhaltensgleichungen verstanden werden. In Bezug auf die Simulationsanalysen ist zu unterscheiden zwischen mikrofundierten makroökonomischen Modellen, deren individuelle Verhaltensgleichungen aus dem Gewinnmaximierungskalkül der Unternehmen und dem Nutzenmaximierungskalkül der privaten Haushalte abgeleitet werden, und makroökonomischen Modellen, die keine Mikrofundierung durchführen.

Die überwiegende Teil der wissenschaftlichen Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen von Militärausgaben besteht aus empirische Zeitreihenanalysen (Panelanalysen) auf Basis von Länderdaten, die den Effekt zusätzlicher Militär- bzw. Verteidigungsausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Produktion (Bruttoinlandsprodukt) abschätzen. Einfache Querschnittanalysen auf Basis von Länderdaten sind hingegen in der Literatur nicht üblich; dies ist aus methodischer Sicht zu begrüßen, denn die Ergebnisse solcher Analysen sind in der Regel nicht robust und haben eher begrenzte Aussagekraft. Der rein empirische Ansatz auf Basis von makroökonomischen Paneldaten bleibt jedoch problematisch, und die Ergebnisse sollten entsprechend eingeordnet werden. Diese Problematik soll hier kurz erläutert werden.

Zum Ersten beziehen sich viele empirische Studien auf die USA und einfache Analogieschlüsse auf die aktuelle Situation in Deutschland oder Europa sind nicht zulässig. Anders gesagt: Die Reaktion einer Wirtschaft auf einen Anstieg der staatlichen Militärausgaben ist nicht gleich für alle Ländern, und diese Heterogenität muss jede ernstzunehmende Evaluation der wissenschaftlichen Evidenz angemessen berücksichtigen. Die Ergebnisse der einschlägigen Literatur für die USA sollten daher niemals unkritisch auf andere Länder übertragen werden, sondern immer nur unter Berücksichtigung der länderspezifischen Situation auf ein einzelnes Land wie Deutschland angewendet werden – siehe Abschnitt 3.4 für weitere Details.

Zum Zweiten liefern rein empirische Zeitreihenanalysen zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Militärausgaben nur gültige Ergebnisse, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht von unbeobachteten Variablen beeinflusst wird, die mit der empirischen Politikvariablen (Militärausgaben) korrelieren. Diese Annahme ist häufig nicht erfüllt und die Problematik ist in der einschlägigen Literatur entweder als Endogenitätsproblem oder Problem der ausgelassenen Variablen bekannt. Dieses Problem kann nur angemessen gelöst werden, wenn Reformvariablen oder Indikatoren größerer Veränderungen für hinreichend viele Ereignisse konstruiert werden können, die plausibel als „exogen“ betrachtet werden können. Die im Folgenden zitierten empirischen Studien basieren mehrheitlich auf der Konstruktion von Indikatoren für steigende Militärausgaben, die im Sinne der Literatur als hinreichend exogen betrachtet werden können.

3.2 Evidenz aus den USA

Ein großer Teil der empirischen Evidenz hinsichtlich der wirtschaftlichen Effekte von Militärausgaben kommt aus den USA. Die Ergebnisse dieser Literatur mit US-Fokus werden in Ramey (2011) und Ilzetki (2025) ausführlich diskutiert und sollen hier nur kurz zusammengefasst werden. Sie legen einen kurzfristigen Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in den USA zwischen 0,5 und 1,5 nahe. Ein Spektrum von 0,6 bis 1 wird in der Zusammenfassung von Ilzetki (2025) verwendet, um die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Anstiegs der Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des BIPs auf 3,5 Prozent des BIPs zu berechnen.

Die Mehrzahl der US-Zeitreihenstudien basiert auf der Annahme, dass erheblich Zuwächse von Militärausgaben in den USA durch geopolitische Ereignisse verursacht wurden, die unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA waren und keinen direkten Effekt auf die gesamtwirtschaftlichen Produktion hatten. Ramey (2011) geht einen Schritt weiter und datiert Ereignisse starker Militärexpansionen auf Basis von narrativen Indikatoren, die als relativ exogen betrachtet werden können. Die Schätzungen dieser Studie ergeben einen Fiskalmultiplikator von Militärausgaben zwischen 0,6 und 1,2. In Ramey und Zubiry (2018) wird der Datensatz erweitert, so dass beide Weltkriege mit aufgenommen werden. Der geschätzte Multiplikator ist signifikant positiv, liegt aber hauptsächlich unter 1.

Einen etwas anderen Ansatz verfolgen Nakamura und Steinsson (2014). Sie nutzen die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener US-Bundesstaaten, um den Effekt zusätzlicher Militärausgaben auf die Produktion zu schätzen. Der lokale Fiskalmultiplikator wird von Nakamura und Steinsson (2014) auf rund 1,5 geschätzt. Dieser Wert liegt höher als die typischen Werte empirischer Studien, die Makrodaten für die gesamte USA verwenden. Ein Grund für die Diskrepanz zu den Ergebnissen basierend auf makroökonomischen Zeitreihenanalysen kann sein, dass die lokalen Schätzungen mögliche Effekte aufgrund von steigenden Zinsen oder steigenden Steuern vernachlässigen.

Militärausgaben können positiven langfristige Effekte entfalten, wenn die Ausgaben zur Entwicklung neuer Technologien führen, die dann auch zivile Anwendungen finden. Antolin-Diaz und Surico (2025) untersuchen diesen Zusammenhang auf Basis von US-Daten, dass eine temporäre Steigerung der Militärausgaben einen permanenten Effekt auf die Produktivität und das BIP hat, und dass dieser Effekt durch Forschung und Entwicklung von Militärgütern entsteht. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, da eine großvolumige empirische Literatur die positiven Produktivitätseffekte der Förderung von Forschung und Entwicklung dokumentiert hat (Bloom, Van Reenen und Williams, 2019). Diese Literatur stellt jedoch in der Regel nicht die vergleichende Frage, inwieweit die Subventionierung militärischer Forschung ökonomisch effizienter ist als die Förderung ziviler Forschung hat. Zudem muss berücksichtigt werden, dass nur 4,5 Prozent der Militärausgaben in Europa auf die Forschung und Entwicklung entfallen (Draghi, 2024).

3.3 Internationale Evidenz

Empirische Analysen, die nicht auf US-amerikanischen Daten basieren, kommen zu keinem eindeutigen Schluss. Häufig wird kein nennenswerter Effekt der Militärausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Produktion gefunden, wobei einige Studien auch einen negativen Fiskalmultiplikator für Militärausgaben schätzen. In einer Meta-Analyse von 32 Studien mit insgesamt 169 Schätzungen kommen Alptekin und Levine (2012) zu dem Schluss, dass die Evidenz darauf hindeutet, dass sich Militärausgaben im Durchschnitt leicht positiv auf die Produktion auswirken. Dunne und Tian (2013) fassen die Ergebnisse von 169 Studien zusammen und kommen zum Schluss, dass für die Zeit nach dem Kalten Krieg negative Effekte von Militärausgaben auf das Wachstum überwiegen.

Aktuelle Studien unterstreichen das Ergebnis der genannten Meta-Analysen. Dunne und Smith (2020) nutzen die SIPRI-Daten für Militärausgaben, um einen größeren Datensatz mit zahlreichen Länderpanels für den Zeitraum 1960-2014 zusammenzustellen, und finden keinen nennenswerten Effekt zusätzlicher Militärausgaben auf Investitionen oder Produktion. Saaed (2025) untersucht einen Länder-Panel mit 133 Ländern im Zeitraum 1960-2012 und findet sogar einen negativen Effekt von Militärausgaben auf das Wirtschaftswachstum. Sheremirov und Spirovs (2022) hingegen schätzen einen positiven Fiskalmultiplikator von rund 1 für Militärausgaben auf Basis eines jährlichen Länderpanels für den Zeitraum von 1988–2013. Zudem finden die Autoren eine starke Abhängigkeit des Fiskalmultiplikators von Entwicklungsstand, Kapazitätsauslastung und Offenheit der Volkswirtschaft.

Die genannten Studien nutzen Länder-Panels, die auch Daten von nicht-europäischen bzw. nicht-OECD Ländern enthalten. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind daher nicht einfach auf die Situation in Deutschland anwendbar. Aufschlussreicher ist in dieser Hinsicht eine Studie von Saccone et al. (2022), die Daten für EU-Länder im Zeitraum 1995 - 2019 analysiert. Die Studie findet, dass staatliche Verteidigungsausgaben einen negativen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Produktion entfalten, aber staatliche Investitionsausgaben (z.B. Infrastruktur) einen stark positiven Effekt haben. Dies deutet darauf hin, dass die geplante Steigerung der europäischen Militärausgaben kurzfristig keinen Wachstumsimpuls setzen wird.

3.4 Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland

Die Studienlage in Bezug auf den wirtschaftlichen Effekt von Militärausgaben in Deutschland ist schlecht. Empirische Evidenz vergleichbar mit den Ergebnissen der Zeitreihenanalysen aus den USA gibt es nicht und die Ergebnisse von makroökonomischen Simulationsanalyse sind unglaubwürdig, solange das zugrunde liegende Simulationsmodell nicht auf Basis direkter empirischer (Mikro)Evidenz hinsichtlich des Effekts von staatlichen Rüstungsausgaben kalibriert bzw. geschätzt wurde. Die Frage, inwieweit die von der Bundesregierung geplante Steigerung der Verteidigungsausgaben die deutsche Wirtschaft ankurbeln wird, kann also nur

durch eine kritische Gesamtabwägung der vorhandenen internationalen Evidenz unter Berücksichtigung der aktuellen Situation in Deutschland beantwortet werden.

Eine solche Gesamtabwägung führt zu dem Schluss, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht wesentlich größer als 0,5 ist, und eventuell sogar bei 0 liegt. Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft also höchstens 50 Cent zusätzliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen gesamtwirtschaftlichen Effekt entfalten. Diese Einschätzung basiert auf den folgenden Überlegungen.

Die in Abschnitt 3.3. diskutierten internationale Studien kommen überwiegend zu dem Ergebnis, dass öffentliche Militärausgaben im Durchschnitt keine positive Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion haben. Dabei ist die Streuung der Ergebnisse sehr groß. Besonders ins Gewicht fällt daher, dass die Studie von Saccone et al. (2022) für EU-Länder keinen nennenswerten Effekt von Militärausgaben findet. In der Vergangenheit haben also zusätzliche Militärausgaben in Europa der Wirtschaft keinen An Schub gegeben – dies entspricht einem Fiskalmultiplikator von 0 für Militärausgaben. Auf Basis der vorhandenen Evidenz, die nicht aus den USA kommt, ist der Schluss naheliegend, dass die Rüstungspläne der neuen Bundesregierung keinen nennenswerten Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland haben werden.

Eine alternative Methode zur Abschätzung des Militärmultiplikators für Deutschland nimmt die Evidenz aus den USA als Ausgangspunkt, und passt die Schätzungen an die aktuelle Situation in Deutschland an. Die in Abschnitt 3.2 genannte Studien legen eine gesamtwirtschaftlichen Fiskalmultiplikator von rund 1 für Militärausgaben in den USA nahe. Es gibt nun zwei wichtige Anpassungen, die diesen Ausgangswert auf rund 0,5 reduzieren.

Erstens sind die Produktionskapazitäten der deutschen Rüstungsindustrie derzeit begrenzt und stark ausgelastet, sodass eine Steigerung der staatlichen Nachfrage nach Rüstungsgüter hauptsächlich die Preise nach oben treibt, ohne die Produktion merklich zu erhöhen. Anders gesagt: Rüstungsunternehmen steigern ihre Gewinne aufgrund eines staatlich induzierten Inflationsschocks im Militärbereich. Ein Anzeichen für solche Übergewinne sind die Aktienpreise von Rüstungsunternehmen. Beispielsweise ist der Aktienkurs des Rüstungsherstellers Rheinmetall seit 2021 (vor dem Krieg in der Ukraine) um das fünfzehnfache gestiegen. Dies bedeutet, dass Finanzinvestoren einen entsprechenden Anstieg der zukünftigen Gewinne erwarten, solange sie nicht von fallenden Zinsen oder Risikoprämien in den kommenden Jahren ausgehen. Ein solcher Anstieg der Profite ist aber nur möglich, wenn die Preise für Rüstungsgüter stark ansteigen, solange sich die Produktion dieser Unternehmen nicht in den kommenden Jahren verfünzfacht.

Es ist unbestritten, dass der staatlichen Nachfrageschub im Militärbereich in Deutschland und Europa zu einem Preisanstieg führen wird. Die Ergebnisse einer aktuellen Studie geben eine Hinweis darauf, wie ausgeprägt dieser Inflationsschub im Rüstungsbereich sein könnte (Antonova, Luetticke, und Müller, 2025). Die Autoren finden in ihrer Analyse, dass sich in

den USA nach dem Kalten Krieg die Preisreaktion auf steigende Staatsnachfrage nach Rüstungsgütern stark verstärkt hat, weil Produktionskapazitäten abgebaut wurden und damit Produktionsengpässe zu einem Problem wurden. Konkret konnte vor dem Ende des Kalten Krieges jeder zusätzliche Euro für die Rüstung rund 90 Cent zusätzliche Rüstungsgüter kaufen, während nach dem Fall der Mauer dieser Betrag auf 40 Cent fiel. Dies bedeutet unter anderem, dass die Begrenzung von Produktionskapazitäten den Fiskalmultiplikator für Rüstungsausgaben stark reduzieren kann. Konkret legen die Ergebnisse nahe, dass die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland aufgrund von Produktionsengpässen nur halb so groß sein könnten wie der entsprechende Effekt in den USA vor dem Ende des Kalten Krieges.³

Zweitens wird in Deutschland ein größerer Teil der Rüstungsgüter importiert als in den USA. Typische Beispiele für deutsche Importe sind die geplante Beschaffung von 35 Kampfflugzeugen der Klasse F-35A und 60 Chinook-Hubschraubern. Zwar setzt Deutschland im europäischen Vergleich relativ stark auf inländische Hersteller, aber in den USA ist die Dominanz der inländischen Unternehmen noch wesentlich stärker ausgeprägt. Im Zeitraum Januar 2020 bis Juli 2024 entfielen 48 Prozent der deutschen Rüstungsaufträge auf inländische Hersteller und weitere 35 Prozent auf Kooperationsprojekte deutscher Unternehmen mit ausländischen Partnern (Wolff et al., 2024). Zudem gingen rund 17 Prozent der Aufträge vollständig ins Ausland – hauptsächlich in die USA. Eine vorsichtige Abschätzung setzt die Differenz der Importquote für Deutschland im Vergleich zu den USA bei 0,2 an, so dass der Fiskalmultiplikator für Deutschland entsprechend niedriger sein sollte.⁴

Häufig wird argumentiert, dass die Produktionskapazitäten für die deutsche Gesamtwirtschaft derzeit nicht voll ausgelastet sind und daher eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage einen besonders ausgeprägten Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Produktion hätten. Dieser Einwand ist im Prinzip richtig, denn Fiskalmultiplikatoren sind in der Regel größer in Krisenzeiten als in Boomphasen (Auerbach und Gorodnichenko, 2012; Sheremirov und Spirovs, 2022). Das Argument ist jedoch weniger relevant für die Einschätzung, wie sich die geplante Steigerung der Militärausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland auswirken wird. Zwar befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einer rezessionären Phase, aber dies gilt sicherlich nicht für den Rüstungsbereich, wo die Produktionskapazitäten voll ausgelastet sind. Eine drastische Steigerung der Nachfrage nach Rüstungsgütern wird also in der kurzen Frist hauptsächlich die Preise nach oben treiben, und nur einen moderaten Effekt auf die Produktion entfalten.

In der mittleren Frist ist zu erwarten, dass Investitionen in den Ausbau von Produktionskapazitäten die aktuellen Engpässe im Rüstungsbereich reduzieren und damit den Fiskalmultiplikator für deutsche Militärausgaben anheben werde. Ebenso können

³ Die in Abschnitt 3.2 genannten empirischen Studien schätzen den Fiskalmultiplikator hauptsächlich auf der Grundlage von Ereignissen, die vor dem Ende des Kalten Krieges geschahen.

⁴ Im Rahmen der neuen Industriepolitik haben sich die EU-Staaten als Ziel gesetzt, 50 Prozent der Rüstungsgüter innerhalb der EU zu beschaffen.

Verbesserungen im Vergaberecht sowie eine verbesserte Koordination auf europäischer Ebene dazu führen, dass der Wettbewerb im Rüstungssektor steigt und die Marktmacht der Rüstungskonzerne sinkt. Diese Maßnahmen benötigen jedoch Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten, und sie sind daher kaum relevant für die Evaluierung der kurzfristigen Auswirkungen von Militärausgaben. In Bezug auf das Vergaberecht und europäische Koordination kommt erschwerend hinzu, dass Reformversuche in der Vergangenheit immer wieder gescheitert sind.

Langfristig können Militärausgaben die Produktivität und das Produktionspotenzial der Wirtschaft steigern, wenn sie zur Entwicklung von neuen Technologien mit zivilen Anwendungen führen. Dieses Argument wird häufig von Ökonomen, Politikern und Vertretern von Rüstungsunternehmen in der öffentlichen Debatte verwendet, um für eine massive Ausweitung der deutschen Militärausgaben zu werben (Bayaz, Schularick und Madsen, 2025; Enders, Fürstenberg, Obermann und Schularick, 2025; Fuest, 2025). Es gibt mindestens zwei Gründe, warum diese Einschätzung mit Skepsis betrachtet werden sollte. Zum Ersten gibt es zwar Konsens, dass die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung ein wichtiger Treiber des technologischen Fortschritts sein kann, aber der Großteil der empirischen Arbeiten untersucht zivile Forschung. Zum Zweiten kommt die vorhandene Evidenz hinsichtlich militärischer Forschung überwiegend aus den USA, und über die Übertragung der Ergebnisse per Analogieschluss auf die aktuelle Situation in Deutschland ist sehr gewagt. Belastbare Evidenz für Deutschland gibt es nicht. Kurz gesagt: Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militärisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite.

4. Fazit

Die vorliegende Studie hat auf Basis der verfügbaren empirischen und theoretischen Evidenz die wirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten massiven Erhöhung deutscher Militärausgaben analysiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, inwieweit zusätzliche Verteidigungsausgaben gesamtwirtschaftliche Produktionsimpulse auslösen und ob sie langfristig zur Stärkung des Produktionspotenzials der deutschen Volkswirtschaft beitragen können.

Die Ergebnisse dieser Analyse sind ernüchternd. Die Einschätzung basiert auf einer sorgfältigen Abwägung internationaler Studien und der spezifischen ökonomischen Bedingungen in Deutschland. Der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben dürfte in Deutschland höchstens bei 0,5 liegen, mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt er sogar weit darunter. Das bedeutet: Ein zusätzlicher Euro für militärische Ausgaben erzeugt bestenfalls 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, möglicherweise aber gar keinen. Damit ist die ökonomische Rendite der gegenwärtigen Rüstungsausgabenpolitik vergleichsweise gering. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder soziale Dienstleistungen wie Kitas und Ganztagschulen weisen dagegen Multiplikatoren zwischen 2 und 3 auf, also vier- bis sechsmal höhere Produktionseffekte pro eingesetztem Euro. Auch

Investitionen in grüne Technologien, die zugleich ökologische und ökonomische Ziele verfolgen, dürften eine signifikant höhere gesamtwirtschaftliche Wirkung entfalten als staatliche Ausgaben im Bereich der militärischen Beschaffung.

Ein zentraler Grund für die geringe Effizienz militärischer Ausgaben in Deutschland ist die derzeitige Struktur des Rüstungssektors: Die Produktionskapazitäten sind bereits stark ausgelastet, während der Wettbewerb durch intransparente Vergabeverfahren eingeschränkt ist. In einer solchen Marktumgebung führen zusätzliche Staatsausgaben primär zu Preissteigerungen und höheren Gewinnen für die beteiligten Unternehmen, nicht aber zu einem signifikanten Anstieg der Produktion. Der spektakuläre Kursanstieg von Rüstungskonzernen wie Rheinmetall ist Ausdruck genau dieser Marktmechanismen. Die Reaktionen auf den Finanzmärkten implizieren, dass die Gewinne deutlich steigen müssen, damit der mehr als zwanzigfache Anstieg seit 2020 gerechtfertigt werden kann.

Auch langfristige Effekte von Militärausgaben, etwa über technologische Spillovers aus militärischer Forschung, lassen sich empirisch für Deutschland nicht belegen. Zwar zeigen historische Beispiele aus den USA, dass militärische Forschung unter bestimmten Bedingungen Innovationsprozesse auslösen kann, doch lassen sich diese Befunde nur eingeschränkt auf die deutsche Wirtschaft übertragen. Die vorhandene Evidenz für Europa deutet nicht auf systematische Produktivitätseffekte militärischer Forschung hin, zumal Deutschland nur einen vergleichsweise geringen Anteil seiner Militärausgaben in Forschung und Entwicklung investiert.

In Anbetracht der bestehenden wirtschaftlichen, fiskalischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellt sich somit die Frage nach den Opportunitätskosten der geplanten Rüstungsstrategie: Jeder Euro, der in Panzer, Flugzeuge und Munition investiert wird, fehlt an anderer Stelle, etwa bei der Modernisierung von Strom- und Bahnnetzen, beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei der Förderung grüner Technologien oder bei der Qualifikation von Fachkräften. Die Vorstellung, dass der Staat alle diese Ziele gleichzeitig verfolgen kann, verkennt die Realität begrenzter finanzieller und realwirtschaftlicher Ressourcen.

Hinzu kommt, dass die bisherigen Strukturen im Rüstungsbereich kaum als effizient bezeichnet werden können. Die Behebung der strukturellen Ineffizienzen im Rüstungssektor ist somit eine Grundvoraussetzung, um zu vermeiden, dass sich die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands nicht nennenswert ändert, ein Großteil der ausgegebenen Mittel jedoch in überhöhte Unternehmensgewinne und Dividendenzahlungen fließt. Sollte eine wettbewerbsfördernde Reform des Sektors politisch nicht oder nur unzureichend durchsetzbar sein, wäre auch eine öffentliche Beteiligung an zentralen Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall in Erwägung zu ziehen.

Die Analyse dieser Studie beschränkt sich auf ökonomische Fragestellungen. Die Notwendigkeit einer Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas in einem sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld wird nicht in Frage gestellt. Doch ein ganzheitlicher Blick auf die Verteidigungsfähigkeit kommt nicht um eine ökonomische

Komponente herum. Wirtschaftspolitisch ist in dem Kontext festzuhalten: Eine massive Aufrüstung auf Kosten zukunftsfähiger Investitionen ist eine riskante Wette mit geringer gesamtwirtschaftlicher Dividende. Gerade bei den gegebenen Marktstrukturen wird ein Großteil der öffentlichen Mittel in den Taschen der Konzerne und deren Eigentümer verpuffen. Wenn Sicherheit nicht nur militärisch, sondern auch sozial, ökologisch und ökonomisch verstanden wird, dann muss die Verwendung öffentlicher Mittel klug abgewogen und strategisch priorisiert werden.

Literatur

- Alptekin, A., und P. Levine (2012) „Military Expenditure and Economic Growth: A Meta Analysis“, *European Journal of Political Economy* 28: 636-650.
- Antolin-Diaz, J. und P. Surico (2025) „The Long-Run Effects of Government Spending“, *American Economic Review*.
- Antonova, A., Luetticke, R. und G. Müller (2025) “The Military Multiplier”, CEPR Discussion Paper.
- Auerbach, A., und Y. Gorodnichenko (2012) „Measuring the Output Responses to Fiscal Policy“, *American Economic Journal: Economic Policy* 2: 1 – 27.
- Bayaz, D., Schularick, M., und C. Madsen (2025) „Milliarden für die Verteidigung schaffen Milliarden für das BIP,“ *Handelsblatt* vom 20.02.2025.
- Bloom, N., Van Reenen, J., und H. Williams (2019) „A Toolkit of Policies to Promote Innovation“, *Journal of Economic Perspectives* 33: 163-184.
- Clemens, M., Michelsen, C., und M. Rieth (2025) „An Estimation and Decomposition of the Government Spending Multiplier“ DIW Discussion Paper.
- Deutschlandfunk (2025). *Pistorius’ Ministerium gab vergangenes Jahr 4,36 Milliarden Euro weniger aus als veranschlagt*, online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/pistorius-ministerium-gab-vergangenes-jahr-4-36-milliarden-euro-weniger-aus-als-veranschlagt-100.html>
- Draghi, Mario (2024). *The future of European competitiveness: A competitiveness strategy for Europe*. Policy Report. Accessed: 2025-10-01. European Commission
- Dunne, P., und R. Smith (2020) „Military Expenditure, Investment and Growth“ *Defence and Peace Economics* 31: 601-614.
- Dunne, P., und N. Tian (2013): "Military expenditure and economic growth: A survey," *Economics of Peace and Security Journal*, 8: 5-11.
- Enders, T., Fürstenberg, J., Obermann, R., und M. Schularick „Abhängigkeit oder Selbstbehauptung: Deutschlands und Europas Rolle im 21. Jahrhundert entscheidet sich jetzt,“ *Wirtschaftsdienst*.
- Fuest, C. (2025) „Wehrhaft und wirtschaftlich stark,“ *FAZ* vom 25.01.2025.
- Gechert, S. (2015) “What Fiscal Policy is Most Effective? A Meta-Regression Analysis” *Oxford Economic Papers* 67: 553-580.
- Ilzetki , E. (2025) “Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups,“ *Kiel Report*, IfW.

Krebs, T., und M. Scheffel (2017) „Lohnende Investitionen“ Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18: 245–262.

Krebs, T. (2025) “Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen verbesserter Rahmenbedingungen zur Gleichstellung der Frauen“ Working Paper, Universität Mannheim.

Krebs, T., und I. Weber (2025) „Der Klimaschutz hat gegen das Militär keine Chance“ ZeitOnline, 13.03.2025.

Mayer, P. (2025) “Friedrich Merz plant gigantische Bundeswehr - mit Wehrdienst oder Wehrpflicht?“ Frankfurter Rundschau, 20.05.2025.

Nakamura, Emi and Jon Steinsson (2014). Fiscal Stimulus in a Monetary Union: Evidence from US Regions. *American Economic Review* 104.

Nivelstein, L. (2025) „Die Unsicherheit explodiert – Top-Ökonomen fordern Verteidigungs-Turbo“, Frankfurter Rundschau, 18.02.2025.

Ramey, Valerie A (2011). Identifying government spending shocks: It’s all in the timing. *The Quarterly Journal of Economics* 126.1, pp. 1–50.

Ramey, Valerie A and Sarah Zubairy (2018). Government spending multipliers in good times and in bad: evidence from US historical data. *Journal of Political Economy* 126.2, pp. 850–901.

Saccone, D., Della Posta, P., Marelli, E., und M. Signorelli (2022) “Public investment multipliers by functions of government: An empirical analysis for European countries.” *Structural Change and Economic Dynamics* (60): 531-545.

Saeed, L. (2025) “The Impact of Military Expenditures on Economic Growth: A New Instrumental Variable Approach”, *Defence and Peace Economics* 36: 86-101.

Sheremirov, V., und S. Spirovs (2022) “Fiscal multipliers in advanced and developing countries: Evidence from military spending”, *Journal of Public Economics*.

Wetzel, H. (2025) “Deutschlands Botschaft an Trump“ *SZ*, 23.05.2025.

Wolff, G., Burilkov, A., Bushnell, K., und I. Kharitonov (2024) “Fit for war in decades: Europe’s and Germany’s slow rearmament vis-à-vis Russia” *Kiel Report*, IfW.

Die ZEIT (2021) „Bund steigt bei Rüstungshersteller Hensoldt ein“, online unter: <https://www.zeit.de/news/2021-03/29/bund-steigt-bei-ruestungshersteller-hensoldt-ein>